

Rede von IHK-Präsident Wolfgang Natus

aus Anlass der Festveranstaltung zum 150. IHK-Jubiläum
am 12. Mai 2005 im IHK-Tagungszentrum

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir freuen uns, dass wir heute mit Ihnen anlässlich unseres 150-jährigen Jubiläums einerseits auf die Tradition der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und die wechselvolle Geschichte der Wirtschaft der Region zurückblicken können. Andererseits wollen wir gemeinsam mit Ihnen den Blick in die Zukunft richten und uns der Frage nach den richtigen Rahmenbedingungen widmen, damit sich unsere Region zukünftig erfolgreich entwickeln kann.

Kurz gesagt: Tradition trifft Zukunft!

In diesem Sinne darf ich Sie alle sehr herzlich in unserer IHK willkommen heißen. Mit Blick auf die vielen hochkarätigen Festgäste erlauben Sie mir bitte, dass ich stellvertretend für Sie alle die Redner des heutigen Abends, Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck und Herrn Professor Dr. Arnulf Baring, persönlich begrüße.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
heute vor 150 Jahren, am 12. Mai 1855, wurden die ersten IHK-Vollversammlungswahlen in Trier durchgeführt.
Das war der Beginn der eigentlichen wirtschaftlichen Selbstverwaltung in unserem heutigen Sinne, auch wenn es zur napoleonischen Zeit schon einmal eine Kammer in Trier gegeben hatte.
Jedoch bestand diese beratende Trierer Gewerbekammer lediglich von 1804 bis 1813, dem Ende der napoleonischen Herrschaft im linksrheinischen Gebiet.
Erst nach 1848/49 drängten die Kaufmannschaft und der Trierer Gewerberat Erfolg versprechend auf die Gründung einer selbstständigen Handelskammer.
Durch königliches Dekret wurde am 5. März 1855 die Einrichtung der Trierer Handelskammer genehmigt.

Bereits am 12. Mai 1855 wurden, wie gesagt, die ersten Kammerwahlen durchgeführt.

Und am 6. Juli 1855 fand unter dem Vorsitz des damaligen Oberbürgermeisters Johann Franz Xaver Buß die konstituierende Sitzung der Kammer statt, in der der Kommerzienrat Wilhelm Rautenstrauch zum ersten Präsidenten gewählt wurde. Den 6. Juli dieses Jahres werden wir im Rahmen unserer musikalischen IHK-Vollversammlung nutzen, um mit einem Konzert der Moselfestwochen zu Gast beim Weingut des UrUrUr-Enkels unseres Gründungspräsidenten, Herrn Christoph Tyrell, zu sein, dessen 2003-er Eitelsbacher Karthäuserhofberg Spätlese feiner Sie heute Abend als unseren IHK-Jubiläumswein schon kosten konnten.

Es war eine sehr wechselvolle Geschichte, die unsere IHK Trier in den 150 Jahren ihrer Existenz durchlebt hat.

Nur allzu häufig waren es große wirtschaftliche Probleme, die unsere IHK-Arbeit bestimmten.

Sie ergaben sich vor allem durch die Randlage unserer Region und die fehlenden Verkehrsanbindungen.

Durch die Arbeit unserer IHK zieht sich daher über all die Jahre der Einsatz für eine bessere Verkehrsanbindung ebenso wie der Einsatz für das Gemeinwohl der gesamten Region wie ein roter Faden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gerade heute, wo sich die Wirtschaftsregionen weltweit in einem rasanten Veränderungsprozess befinden, sind wir gefordert, den Blick nicht nur auf die Vergangenheit und die Gegenwart zu richten, sondern vor allem Entwicklungsperspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Natürlich sind wir stolz auf unsere lange Tradition der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, aber zugleich richtet sich unser Blick nach vorn.

Ein lebendiger Umgang mit Tradition bedeutet für uns, dass wir uns den aktuellen und künftigen Anforderungen konstruktiv stellen.

Wir haben unser Jubiläum vor allem zum Anlass genommen, die Zukunftsperspektiven der Region Trier aufzuzeigen.

Wir wollen die Gelegenheit aber auch nutzen, um unsere IHK Trier als moderne Selbstverwaltungsorganisation zu präsentieren, die sich für die gemeinsamen

Interessen aller Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen einsetzt und ständig dabei ist, ihre vielfältige und umfangreiche Leistungspalette weiter auszubauen und transparenter zu machen.

Wir freuen uns, dass wir in diesen Tagen unser 25.000 Mitglied begrüßen können.

Sehr geehrten Damen und Herren,
natürlich wird es auch künftig eine der wichtigsten Aufgaben unserer IHK sein, entschlossen die Rolle des Impulsgebers für unseren Standort und die Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Wirtschaft zu übernehmen. Positionspapiere zur Zukunft der Region, wie wir sie jüngst mit der Handwerkskammer Trier zusammen vorgestellt haben, gehören in eine Reihe von Positionspapieren, mit denen wir uns mit den für unseren Standort bedeutenden Aspekten auseinandersetzen.

Wenn wir Reformen von anderen fordern, müssen wir selbst mit gutem Beispiel vorangehen, um glaubwürdig zu bleiben.

Bereits vor einigen Jahren haben wir uns ein modernes Leitbild erarbeitet, in dem wir unser Selbstverständnis definiert und die Ziele unserer Arbeit genau festgelegt haben.

Qualitätsmanagement, moderne Mitarbeiterführungsmethoden und die 40-Stunden-Woche sind lange eingeführt.

Damit sind alle wichtigen modernen Führungsinstrumente, die wir in den Unternehmen kennen, auch auf die IHK übertragen, um sie für die Zukunft leistungsfähig zu halten.

Synergien nutzen wir durch die enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit unseren Schwesterkammern, in der Region mit der Handwerkskammer Trier, in Rheinland-Pfalz/Saarland mit den übrigen IHKs und den Hwks.

Sehr geehrten Damen und Herren,
auch weil wir seit dem Jahr 2000 Sprecher der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz/Saarland sind, liegt uns die landes- und bundespolitische Reformdebatte sehr am Herzen.

Wir erheben als Gesamtinteressenvertretung der Wirtschaft vor und hinter den Kulissen unsere Stimme.

Das ist heute so und war in den Anfängen der organisierten Kaufmannschaft nicht anders.

Wichtigste Säule unserer Arbeit war, ist und bleibt die wirtschaftspolitische Interessenvertretung.

Die Ideen und Forderungen haben deshalb großes Gewicht, weil sie durch den Meinungsbildungsprozess in der IHK-Vollversammlung demokratisch legitimiert sind.

Maine Damen und Herren,

lassen Sie mich kurz auf unsere IHK-Positionen eingehen.

Wir haben in Deutschland kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem.

In unserer föderal organisierten Demokratie mit der fein austarierten Machtbalance zwischen Bundestag und Bundesrat und unserem Konsensprinzip blockieren wir uns immer häufiger selbst.

Unser föderaler Staatsaufbau muss dringend zugunsten eines Wettbewerbsföderalismus umgestaltet werden, bei denen die staatlichen Aufgaben auf ihr Kerngeschäft konzentriert und für die Aufgabenerledigung auf die kleinstmögliche Ebene verlagert werden.

Von zentraler Bedeutung für unsere Zukunft ist der Bildungsbereich.

Wir brauchen ein früheres Lernen und Fordern, mehr individuelle Förderung, vergleichbare und international anerkannte Bildungsstandards, Wettbewerb und Eigenverantwortung der Schulen und Hochschulen, Förderung in der Breite und in der Spitze, lebenslanges Lernen.

Wir brauchen eine Stärkung unseres dualen Ausbildungssystems mit modernen und zeitlich kürzeren Berufsbildern.

Die Massenarbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahrzehnten wegen der zunehmenden Verkrustungen am Arbeitsmarkt, zu hoher Einstiegslohne und zu hoher Lohnnebenkosten immer weiter aufgebaut und zementiert.

Die aktuelle Debatte um Mindestlöhne wird uns auf den nächsten Holzweg führen, das Problem weiter verschärfen und die Bürokratie erhöhen.

Unser Arbeitsrecht ist ein weiterer Faktor, der von den Unternehmen als Hemmschuh für mehr Beschäftigung empfunden wird.

Der grundsätzliche Mangel unserer gegenwärtigen Arbeitsrechtsetzung besteht darin, dass sich die Rechtspolitik in Details verliert und an kleinen und kleinsten Rädchen dreht, ohne dass sich ein Konzept erkennen ließe.

Dass beispielsweise allein das Kündigungsrecht mittlerweile auf mehr als 2.500 Seiten erläutert werden muss, ist auch auf die Rechtssprechung der Arbeitsgerichte zurückzuführen und letztlich ein klares Indiz dafür, dass man es kaum mehr handhaben kann.

Und wo das geltende Recht den Bedürfnissen der Menschen nicht mehr entspricht, wird es ignoriert.

Das zeigt sich beispielsweise an den betrieblichen Bündnissen für Arbeit, die nach der Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts in vielen Fällen zwar nicht legal sind, aber dennoch praktiziert werden.

Selbsthilfe ersetzt das Recht.

Dem wird sich der Gesetzgeber anpassen müssen.

Es ist im übrigen auch nicht das Schlechteste, das Recht zur Abwechslung einmal dem wahren Leben anzupassen, statt fortwährend, wie es gerade mit dem geplanten Antidiskriminierungsgesetz versucht wird, das Leben nach dem Bilde der Gesetze formen zu wollen.

Sehr geehrten Damen und Herren,

unser Steuersystem ist durch das Streben nach Einzelfallgerechtigkeit extrem kompliziert und unübersichtlich geworden.

Jeder Steuerberater oder Finanzbeamter ist eigentlich mit einem Bein im Gefängnis, weil niemand im Steuerrecht vollkommen durchblickt.

So wundert es auch nicht, dass das World Economic Forum beim Effizienzvergleich der Steuersysteme Deutschland die rote Laterne ausweist.

Europaweit haben wir vor allem die höchsten Unternehmenssteuersätze.

Zugleich erzielt Deutschland mit diesen Unternehmenssteuersätzen im Verhältnis zur Wirtschaftskraft europaweit mit die niedrigsten Einnahmen.

Das liegt daran, dass die Großen und die Findigen mit Billigung des Gesetzgebers wenig bis keine Steuern zahlen, während die mittleren und kleinen Unternehmen die volle Last zu tragen haben.

Unser Umsetzungsproblem trifft auch für den Bürokratieabbau zu.

Die meisten Vorschläge werden nicht umgesetzt, weil die Bürokratie Bedeutungsverluste befürchtet und wir als Gesellschaft keinen Mut zur Lücke mehr haben.

Stattdessen kommen immer neue Regelungen hinzu.

Man sollte den Satz von Montesquieu beherzigen:

„Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.“

Meine Damen und Herren,

wir fordern daher seit Jahren

- ~~☒~~ eine große Reform des Steuer- und Sozialsystems
- ~~☒~~ eine Einkommenssteuerreform mit verbreiteter Bemessungsgrundlage und niedrigen Sätzen
- ~~☒~~ eine Abkopplung der Kosten der sozialen Sicherung vom Faktor Arbeit
- ~~☒~~ eine Entrümpelung unseres Arbeitsmarktes und Arbeitsrechts für mehr Beschäftigung
- ~~☒~~ einen konsequenten Bürokratieabbau durch Abbau von Standards, weniger Gesetze und Verordnungen mit Mut zur Lücke.

Sehr geehrten Damen und Herren,

Deutschland ist sich selbst untreu geworden.

Wir vernachlässigen schon lange unser Erfolgsrezept, nämlich eine Ordnungspolitik, die die soziale Marktwirtschaft geprägt hat, die zur Eigenverantwortung und Leistung ermutigt und sozialen Fortschritt bringt.

Diese Ordnungspolitik ist in Jahrzehnten schleichend zersetzt und durch eine Regelungsflut und konzeptionsarme Flickschusterei ersetzt worden.

Dagegen haben auch ordnungspolitisch klare und deutliche IHK-Positionen nichts ausrichten können.

Herr Bundespräsident Köhler hat dazu jüngst treffend ausgeführt; ich zitiere:

„Seit Jahrzehnten fallen Bundes- und Landesregierungen und nicht zuletzt Brüssel immer neue Auflagen und Regulierungen für die Wirtschaft ein, Wirtschafts- und Sozialverbände haben das ihre dazu beigetragen, die Tarifpartner schlossen Verträge zu Lasten von Dritten, und die Bürger ließen sich gerne immer neue Wohltaten versprechen und Geschenke machen.“

Deshalb ist die Arbeitslosigkeit über Jahrzehnte gewachsen, deshalb machen hohe Abgaben Arbeit teuer.“ (Zitat Ende)

Eine gute Ordnungspolitik ist dabei doch so einfach:

Die Bürger beauftragen den Staat, die Spielregeln zu setzen. Die Spielregeln müssen für jeden verständlich formuliert sein, das Spiel machen die Bürger.

Die Regeln lauten: Privateigentum, Vertragsfreiheit, Wettbewerb, offene Märkte, freie Preisbildung, ein stabiles Geldwesen, eine Sicherung vor den großen Lebensrisiken für jeden und Haftung aller für ihr Tun und Lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

1955, in unserem 100. Jubiläumjahr, hat Ludwig Erhardt gesagt:

„Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen.“

Das gilt heute mehr denn je.

Der Schlüssel zum Vertrauen der Unternehmen sind Wahrhaftigkeit und Stetigkeit, Stimmigkeit und Berechenbarkeit der Politik.

Aber ohne Vertrauen kein Aufschwung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Deutschland gilt es offensichtlich immer noch als unmoralisch, Gewinn zu machen.

Das ist falsch.

Wer als ordentlicher Unternehmer Gewinne erzielt, der hat andere von seiner Leistung überzeugt und ihnen Nutzen stiftend geholfen.

Und nur wer Gewinne erwirtschaftet, kann den Fortbestand seines Unternehmens durch Investitionen sichern, seine Mitarbeiter weiter beschäftigen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Das erfolgreiche Bestehen am Markt ist aber für einen Unternehmer nur die eine Seite der Medaille.

Wir Unternehmer haben die Pflicht, uns auch unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung zu stellen.

Wir müssen Vorbild sein und uns für das Gemeinwohl engagieren.

Die IHK-Organisation bildet hierfür eine hervorragende Plattform.

Ich halte daher die Selbstverwaltung der Wirtschaft nach wie vor für ein ideales Modell.

Unternehmerisches Engagement für unsere IHK ist in diesen schwierigen Zeiten wichtiger denn je.

Wir haben das Privileg, ohne staatliches Verwaltungshandeln unsere Belange gemeinsam zu regeln und der regionalen Wirtschaft eine kräftige Stimme zu verleihen.

Unsere Arbeit in IHK-Vollversammlung und IHK-Präsidium ist ehrenamtlich im wahrsten Sinne des Wortes.

Darauf bin ich stolz, stärkt es doch unsere Unabhängigkeit.

Sehr geehrten Damen und Herren,

besonders stolz bin ich darauf, dass mehr als 1500 Vertreter unserer Mitgliedsunternehmen sich in unsere IHK-Arbeit mit ihrem Know how und ihrer Zeit aktiv und unentgeltlich einbringen.

Der Zulauf zu unseren Veranstaltungen, zu denen im letzten Jahr rund 10.000 Besucher kamen, stimmt mich positiv.

Für das Recht, die eigenen Sachen selbst zu regeln, haben wir in den 150 Jahren immer wieder nachdrücklich gekämpft.

Eine weitere Rückbesinnung auf die Subsidiarität, die Eigenverantwortung und das System der organisierten Unternehmensvertretung wird unerlässlich sein.

Denn die Probleme unserer Region und in Deutschland werden wir nicht mit mehr Staat, sondern nur mit mehr Eigenverantwortung und Mut zur Freiheit lösen können.

Ich danke all unseren Partnern für die bisherige Zusammenarbeit und danke Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.